

Peter M. Huber

# **Satzungsautonomie und ärztliche Weiterbildung**

Zur Gültigkeit der "Residenzklausel"  
für Kur- und Badeärzte



BERLIN VERLAG  
Arno Spitz GmbH

# Inhalt

A. Anlaß und Gang der Untersuchung.....	11
I. Regelungsgehalt .....	11
II. Problemstellung .....	12
B. Gesetzliche und untergesetzliche Leitlinien für die Zuerkennung und die Führung der Zusatzbezeichnung Bade- oder Kurarzt.....	14
I. Die weiterbildungsrechtlichen Grundlagen der "Residenzklausel" .....	14
1. Die Grundlagen des Weiterbildungsrechts.....	14
a) Allgemeines.....	14
b) Die Regelungen über Balneologie und Medizinische Klimatologie in Bayern .....	16
2. "Kur-" und "Badearzt" - eine Zusatzbezeichnung .....	17
3. Inhalt und Dauer der Weiterbildung .....	19
4. Zur systematischen Stellung der "Residenzklausel" im Kontext des Weiterbildungsrechts .....	20
II. Die Vorschriften des bayerischen Landesrechts über die Anerkennung von Heilbädern und Kurorten .....	21
C. Die "Residenzklausel" und ihre Wirkung für die Ärzte .....	24
I. Die "Residenzklausel" und die Berufsfreiheit der Ärzte .....	24
1. Die Führung von Zusatzbezeichnungen als grundrechtlich geschütztes Interesse.....	24
2. Die Reglementierung von Zusatzbezeichnungen als Grundrechtseingriff .....	25
a) Weiterbildungsrechtliche Gesichtspunkte .....	25

## Inhalt

b) Kassenzweckrechtliche Gesichtspunkte .....	28
3. Zur Rechtfertigung des Eingriffs .....	30
a) Der Vorbehalt des Gesetzes und die Satzungsautonomie .....	30
b) Die Begrenzung der Satzungsautonomie durch den Gesetzesvorbehalt .....	32
4. Die "Residenzklausele" im Lichte der Wesentlichkeitsdoktrin .....	35
a) Die WOÄ als Satzung .....	35
b) Die "Residenzklausele" als statusbildende Bestimmung? .....	36
c) Die gesetzliche Determinierung des ärztlichen Weiterbildungsrechts mit Blick auf die Führung der Zusatzbezeichnung Bade- oder Kurarzt .....	39
d) Konkret: Die "Residenzklausele" und ihre gesetzliche Ermächtigung .....	43
e) Zwischenergebnis .....	44
5. Bestimmtheitsanforderungen an die Ausgestaltung der WOÄ als berufsständische Satzung .....	45
a) Allgemeines .....	45
b) Der Satzungsvoorbehalt .....	46
c) Dynamische Verweisungen als Problem des Gesetzes- bzw. Satzungsvoorbehalts .....	48
d) Die "Residenzklausele" im Lichte demokratischer und rechtsstaatlicher Direktiven .....	50
6. Die "Residenzklausele" im Lichte des Verhältnismäßigkeitsprinzips .....	55
a) Eignung .....	56
b) Erforderlichkeit .....	57
c) Zumutbarkeit .....	62
II. Die "Residenzklausele" im Lichte des Gleichheitssatzes .....	62
1. Zur Differenzierung zwischen in und außerhalb von amtlich anerkannten Kurorten tätigen (Bade-) Ärzten .....	63
2. Die abweichende Behandlung der Balneologie .....	65
III. Weitere Grundrechtsberührungen .....	66
D. Die "Residenzklausele" und ihre Auswirkungen auf die Krankenhausbetreiber .....	67

## Inhalt

I. Die "Residenzklausel" als Eingriff in die Berufsfreiheit der Krankenhausbetreiber?.....	67
1. Zur Berufsfreiheit von Krankenhausbetreibern .....	67
2. Die Auswirkungen der "Residenzklausel" - Eingriff oder Interessenverkürzung? .....	69
a) Zur Abgrenzung von Eingriff und Interessenbeeinträchtigung .....	70
b) Wettbewerbsnachteile der Krankenhausbetreiber und Verantwortlichkeit .....	74
II. Die "Residenzklausel", die Eigentumsgarantie u. a. ....	77
E. Thesen.....	78
Literaturverzeichnis.....	81